

Schuldnerberatung Wien, Döblerhofstraße 9, 1030 Wien

An die  
Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH  
Mariahilfer Straße 77-79  
1060 Wien

**Betrifft: Öffentliche Konsultation der RTR-GmbH zum Entwurf der  
Kostenbeschränkungsverordnung (KobeV)**

Wien, 2.1.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

- Die staatlich anerkannte Schuldnerberatung Wien ist im STEIGENDEN Ausmaß mit Menschen konfrontiert, deren Hauptproblem „unerfüllbare“ Forderungen von Mobilfunkbetreiber („Telekomschulden“) sind.
- Nur ein ganz geringer Teil dieser Problemfälle wird von „Beschwerdeeinrichtungen“ (RTR, VKI, AK, WKÖ, ...) erfasst, weswegen das WAHRE AUSMASS der von den Mobilfunkbetreibern verursachten Probleme noch gar nicht in die bisherigen Argumentationen eingeflossen ist.
- Es werden daher ALLE Maßnahmen des Gesetzgebers BEFÜRWORTET, die eine erhöhte Kostentransparenz zum Ziel haben und Warn- bzw. Sperrsysteme verbindlich vorschreiben!

Ausführungen dazu im Detail:

Anmerkung: alle folgenden Statistiken beziehen sich auf Menschen, die wegen Überschuldung die Schuldnerberatung Wien aufsuchen (etwa 7.500 Neuanmeldungen pro Jahr):

1. Der Anteil der Klienten mit Telekomschulden steigt stetig.

Der Anteil der unter 25-jährigen steigt besonders stark; nur noch ein Viertel der unter 25-jährigen hat KEINE Schulden bei Mobilfunkbetreibern:

Anteil Klienten mit Telekomschulden

jahr	unter 25	25 - 45	über 45
1995	52%	33%	19%
1996	52%	29%	24%
1997	54%	34%	18%
1998	59%	43%	27%
1999	57%	45%	22%
2000	66%	45%	25%
2001	64%	48%	28%
2002	78%	50%	36%
2003	62%	46%	35%
2004	62%	48%	30%
2005	71%	51%	33%
2006	72%	49%	35%
2007	69%	54%	37%
2008	67%	52%	34%
2009	72%	51%	35%
2010	73%	52%	33%

2. Die Gesamtschulden der Klienten bestehen zu einem immer größer werdenden Teil aus Telekomschulden.

Bei den unter 25-jährigen sind Mobilfunkbetreiber bereits eine Hauptursache für Überschuldung:

Anteil Telekomschulden an Gesamtschulden eines Klienten

Jahr	unter 25	25 - 45	über 45
1995	18%	5%	2%
1996	5%	3%	4%
1997	8%	7%	3%
1998	8%	3%	5%
1999	10%	4%	3%
2000	11%	6%	5%
2001	14%	6%	3%
2002	13%	6%	6%
2003	21%	8%	6%
2004	17%	7%	5%
2005	20%	8%	5%
2006	20%	8%	7%
2007	22%	9%	7%
2008	25%	9%	6%
2009	29%	10%	7%
2010	33%	12%	7%

3. Das wahre Ausmaß der durch Mobilfunkbetreiber verursachten Finanzprobleme ist noch gar nicht erfasst.

- Es gibt keine amtlichen Zahlen zur Verschuldung privater Haushalte, allerdings gibt es „amtliche“ Indikatoren: es gibt jährlich und österreichweit bei den Gerichten rund 750.000 Anträge auf Lohnpfändung und rund 900.000 Anträge auf Fahrnispfändung (Gerichtsvollzieherpfändung). Mobilfunkbetreiber haben in etwa die oben erwähnten Anteile an diesen „Exekutionsbewilligungen“.
- Darüber hinaus beschäftigen Mobilfunkbetreiber Inkassobüros, wenn eine gerichtliche Eintreibung nicht geplant ist. Die Zahl der Befassungen von Inkassobüros kann – mangels seriösem Zahlenmaterial – nur geschätzt werden, liegt aber mindestens beim Doppelten der gerichtlichen Befassungen.
- Es gibt seit zwei Jahren Angebote der Mobilfunkbetreiber, deren finanzielle Auswirkungen noch nicht voll „gegriffen“ haben.  
 Dass das Überschuldungsrisiko durch Mobilfunkbetreiber gerade bei jungen Erwachsenen stark angestiegen ist, dürfte z.B. durch die Einführung von Smartphones um 0,- Euro ausgelöst worden sein.

Die damit verbundenen, langfristigen Verträge mit Monatsraten um die 40,- Euro scheinen gerade diese Gruppe zu überfordern. Wie sehr ein neues Produkt (z.B. die Einführung des „iPhone IV“) wieder zu einer Schuldeneskalation beiträgt, kann meist erst nach zwei Jahren statistisch nachgewiesen werden.

Resümee:

- (Ungeregelte) Schulden, die Menschen bei Mobilfunkbetreibern haben, sind seit Jahren im Ansteigen
- Ganz besonders deutlich zeigt sich das bei „jungen Erwachsenen“, der offensichtlichen Hauptzielgruppe der Betreiber.
- Überschuldung junger Erwachsener ist – volkswirtschaftlich gesehen – besonders gefährlich und kontraproduktiv.
  
- Offensichtlich ist daher auch, dass entweder die bisherigen Bonitätsprüfungen, die bei NeukundInnen gemacht werden, NICHT ausreichen, oder aber, dass die Risiken der täglichen Nutzung aller bisherigen Angebote zu groß sind.
- Es sind daher alle Frühwarnsysteme, automatische Sperren bei Überschreiten definierter Limits etc. ausdrücklich zu begrüßen!
- Auf Grund der dramatischen Entwicklung des Problems sind zusätzliche Überlegungen anzustellen:  
ein Verbot extrem subventionierter Endgeräte in Kombination mit Langfristverträgen (DIE Kostenfalle für junge Erwachsene schlechthin) ist nicht nur anzudenken, sondern auch in irgendeiner Form umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Maly  
Geschäftsführer

Telefon: 01/4000-  
Mobil: 01/4000 50  
E-Mail: @fsw.at